

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 6.00 Mark, vierteljährlich
18.00 Mark, durch die Post 18.00 Mark.
Einschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsgewerkschaften
Einschl. Zustellungsgebühr. Für
auswärtige Abnehmer sind
zusätzliche Postgebühren zu
berechnen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Halle-Zeitung
Gesamt. Fernr. der Geschäftsstelle Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 6 gelbsteine 34 mm breite Milli-
meter oder deren Raum 50 Pf.,
fünfzeilige 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.00 Mark. Anzeigen nahmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigen-Geschäfte. Erfüllungsort
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schlesien und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-
nade 13. Dr. Brunsaufer, 17.
Leben- u. Geschäftsstellen: Große
Weichstraße 32 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 173.

Halle, Mittwoch, den 14. April 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Bandenunwesen im Ruhrgebiet.

Die Lage im Wuppertal.

Wuppertal, 13. April. Über die Lage im Wuppertal wird von militärischer Seite berichtet: Tausende ehemalige Rotgardisten haben sich in das Wuppertal und seine Umgebung gesammelt und warten dort auf einen für ihre Zwecke günstigen Zeitpunkt. Es herrscht infolgedessen überall große Unruhe. Einbrüche, Bandendiebstähle, Raub und Plünderung sind an der Tagesordnung. Besonders frech benehmen sich einige Banden am Rande der Wuppertals. Sie überfallen Wäldereien, einzeltretende Häuser und Bauerngehöfte, um Vorräte, Kleider, Lebensmittel und Geld zu erpressen. Das Raubgeschäft ist teilweise vornehm geübt und oft nicht einmal der deutschen Sprache mächtig. Auch in den Städten kommt es bisweilen zu Schieberien mit Rotgardisten. Die gesamte Bürgererschaft und die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter hat das ganze Treiben satt. Eine Waffenabgabe hat im Wuppertal kaum stattgefunden. Die abgelieferten Waffen sind unbrauchbar. Zurzeit werden jahresweise von den roten Truppen requirierete Perlonen- und Postautos nach Holland verschifft.

General v. Watter in Berlin.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) General von Watter ist zu einer Unterredung mit dem Reichswehrminister in Berlin anwesend. Der General ist beauftragt, die Unterredung den Zweck zu verfolgen, die Ermächtigung zu weiteren Verrücken in das Ruhrgebiet und die Wiedererrichtung von Stützpunkten zu erzielen. Das Blatt warnt die Regierung auf das dringlichste davor, militärische Maßnahmen in Berücksichtigung der demokratischen Lage nachzugehen und legt insbesondere mit Bestimmtheit dar, dass die Errichtung von Stützpunkten in dem kaum beruhigten Ruhrgebiet eine starke Erregung hervorrufen würde. Deswegen ist es Aufgabe des Reichswehrministers, ein militärisches Vorgehen, sofern es überhaupt erforderlich ist, auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

Das Kesselstreifen um Hölz.

Einmarsch von Reichswehr bei Delitzsch.
Delitzsch, 13. April. Unter klingendem Spiel sind heute von Hof kommend Reichswehrtruppen kampfbereit hier eingetroffen. Die öffentlichen Gebäude wurden sofort besetzt. Der Kommandant Hölz kam gestern in Begleitung dreier Genossen im Automobil von Bad Elster und verfuhr sich, bei Hölz über die böhmische Grenze zu gelangen. Dieser Versuch missglückte jedoch. Zwei der Automotoren wurden von der Grenzbarriere verhaftet, während ein Hölz und dem vierten Mann gelang, wobei nach Bad Elster zurückzukehren. Die beiden Festgenommenen wurden nach Hof gebracht.

Die Millionenerpressungen in Plauen.

Plauen i. V., 13. April. Die gestern abend verbreitete Meldung über die Auslieferung der um Hölz erpressten Millionen stellt sich als ungenau heraus. Das von Hölz zur Abholung des Geldes nach Plauen geschickte Automobil ist hier nicht eingetroffen. Darauf wurden die beiden Kassenbeamten der Klingenthaler Zweigstelle der Vogtlandischen Bank heute vormittag mit dem Gelde auf die Fahrt nach Klingenthal gelangt. Sie wurden aber in Delitzsch von der Reichswehr angehalten. Hölz hat nun heute vormittag in Klingenthal 15 dortige Bürger zu einer Verarmung in das Rathaus geladen und hält sie dort fest. Er droht, bis zum Anbruch gehen zu wollen, wenn er das Geld nicht erhält.

Zur Brotpreiserhöhung.

Dresden, 13. April. Die der Regierung nachstehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ brachte kürzlich eine Meldung, wonach der Brotpreis höchstens auf vier Mark fünfzig festgesetzt werden solle und im Sommer zehn bis elf Mark erreichen würde. Diese Nachrichten sind unzutreffend. Wichtig ist, daß die Reichsstellen nächstens über die Festsetzung des Brotpreises Entschlüsse fassen werden. Der künftige Preis wird jedenfalls wesentlich geringer als vier Mark fünfzig sein. Wie sich der Preis im Sommer gestalten wird, darüber haben die Reichsstellen noch in einer Weise Entschlüsse gefaßt und können es auch nicht, denn das hängt von noch völlig ungewissen Bedingungen ab, vor allem dem Ausfall der Ernte und den Einfuhrmöglichkeiten.

Berlin, 13. April. Der Reichsrat hat den Entwurf einer Ergänzung der Verordnung über die Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Getreide und Kartoffeln vom 18. Dezember angenommen. Es handelt sich um eine wesentliche Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise. Für den Rest des Wirtschaftsjahres wird der Höchstpreis auf 108 Mark für den Doppelcentner erhöht.

höht, außerdem die von den Kommunalbehörden zu zahlende Vergütung auf 92 Mark. Die Preise für ein Kilogramm Brot, die infolge des hohen Präzisionsystems am 1. Januar bereits auf eine Mark vierzig geklettert waren, werden eine weitere Erhöhung auf ungefähr zwei Mark erfahren.

Ein übereilter Beschluß.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die in Reichsausschüsse betreffende Beschlüsse der Reichsregierung auf Veranlassung des Grundbesitzes und Erweiterung der Verschuldungsfrist, die vom volkswirtschaftlichen Ausschuss nach Zustimmung des Reichsrates angenommen war, wird, wie wir hören, von der Nationalversammlung zurückgewiesen werden. Es heißt ferner, daß die Reichsregierung der Volkswirtschaftlichen Ausschüsse überreicht war.

Der Steuerabzug vom Lohn.

Berlin, 13. April. Auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 11. März 1920 (R. G. Bl. S. 428) wird der Tag des Zulassens des § 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes (beim Abzug von 10 v. H. bei der Lohnzahlung durch den Arbeitgeber) vom Reichsminister der Finanzen demnächst bekannt gegeben. Es hat sich im Einkommensteuergesetz der geltenden Bestimmungen beim Abzug der Lohnsteuer, auf bereits erfolgte Lohn- und Gehaltszahlungen erstreckt sich der Abzug nicht.

Stimmungsbild aus der Nationalversammlung.

Berlin, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wurde um 1 Uhr eröffnet. Es waren kaum zwei Dutzend Abgeordnete erschienen. Zunächst ging man an die Erörterung von nicht weniger als 41 kleinen Anfragen, die von Vertretern aller Parteien zum Teil schon vor Wochen an die Regierung gerichtet worden waren. Wiederum konnte man feststellen, daß zu vielen Anfragen die Regierungsvorlage nicht zur Stelle waren. Über den Inhalt der kleinen Anfragen ist nichts Wesentliches zu berichten. In finanzieller Hinsicht wurde die Regierung ohne besondere Anteilnahme dem Strom der kleinen Anfragen eine volle Stunde lang über sich ergehen, bis der Präsident dem Hause mitteilte, daß die für die Erledigung der kleinen Anfragen festgesetzte Zeitprämisse abgelaufen sei. Man trat darauf in die Besprechung der getragenen Regierungserklärung ein. Erzellenz von Papper erklärte als Vertreter der Demokratischen Partei, daß diese sich mit den Ausführungen des Reichstages im wesentlichen einverstanden erkläre. Aus seiner Rede klang die tiefempfundene Empörung und der scharfe Protest gegen die Verweigerung des Maaingens durch Frankreich, das freventlich den Frieden gebrochen und neue Vorkämpfer über eine ungewisse Bevölkerung geschickt hat, die vorhaben, daß die Regierung, ohne die Truppen in das Ruhrgebiet einzumarschieren, sich nicht verhalten hat, um den Kampf Deutsche gegen Deutsche zu verhindern. Wir sind damit einverstanden, daß sie, nachdem alle Vermittlungsbemühungen gescheitert sind, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze der friedlichen Bevölkerung mit fester Hand zuzugreifen hatte gegen Elemente, die politische und soziale Forderungen als Deckmantel für gemeine Verbrechen benutzten. Herr v. Papper wurde wiederholt von lebhaftem Beifall unterbrochen und fand besonders für seine feine Zustimmung bei seinen Parteigenossen, als er erklärte, daß jede Art von Nebenregierung abzuwehren ist. Der Reichsrat habe mit seinen Ausführungen an heutigen Tage nicht die Grenzen festgelegt, die zu überschreiten die Demokratische Partei keinen Anlaß hat. Herr v. Papper ergriff der Abg. H. u. e. das Wort für die Sozialdemokraten zu einer langen Rede. Er wies auf die Einzelheiten der Vorschläge des Antrages hin und betonte entschieden, daß ein Vorschlag von Fiskus nicht gebührt haben würde, wenn nicht Rapp und Gen. mit dem Schicksal geipielt hätten. Die irreführenden Nachrichten des W. B. seien mit schuldig an der Verwirrung des Volkes. Die Arbeiterchaft im Westen stehe frei zur Regierung. Die Gewerkschaften hätten ein Recht auf Berücksichtigung ihrer Wünsche. Darauf ergriff Reichsratsmitglied Müller nochmals das Wort zu einer Erwiderung. Unter lebhafter Bewegung des Hauses machte er nochmals Rapp und Genosse für den Aufbruch im Ruhrgebiet verantwortlich. Seine Ausführungen riefen bei der Mehrheit große, anhaltende Ausfällungen hervor. Gegenüber dem Vorwurf des W. B. Erlauben erklärte der Reichstagsrat, er wisse genau, was er von den kommunistischen Bewegung zu halten habe. Die Parole von der Volkswirtschaftlichen Gefahr hätten die Kandidaten für ihren Rückzug benutzt.

Die Demastierung Frankreichs.

Zu gleicher Zeit war bekannt, daß in einer Unterredung Mitterlands mit Lord Derby, dem britischen Botschafter in Paris, volle Übereinstimmung über das Frankreich, „Widerstand“ erfolgt worden ist, wird amtlich gemeldet, daß bei einer Unterredung höherer französischer Offiziere am 9. April in Mainz Ähnliches ausgeführt wurde, die nichts weniger als eine Zerstückelung des Reiches zum Gegenstande haben. Die in Paris erzielte Übereinstimmung ist fraglos Ergebnis zu verstehen, daß sich Frankreich dem Standpunkte Englands angepaßt hat, denn Mitterland sowohl wie Bonar Law werden in den Verhandlungen die Erklärung abgegeben, daß eine Einmischung in die inneren deutschen Angelegenheiten nicht beabsichtigt ist, daß im Gegenteil Frankreich sich bereit erkläre den bestmöglichen Weg unter der Bedingung zu räumen, daß sich die deutsche Regierung verpflichtet, die im Ruhrgebietern vorgelegene Truppenzahl für die neutrale Zone nicht zu überschreiten.

Dieser Rückzug Frankreichs vor dem britischen Stimmzettel gewinnt an Interesse, wenn man jene Maaingee Richtlinien der französischen Offizierskreise dagegen hält. Es sind zwar einige Zweifel laut geworden, die die Glaubwürdigkeit der amtlichen, von Wolff verbreiteten Meldungen, in Frage stellen — einige Rärchen Wahrheit enthält diese Sensationsmeldung immerhin. Sie mag wahr sein, soweit sie einen förmlichen Plan zur Zerlegung des Reiches in 5 bis 6 größere Bundesrepubliken aufstellt, denn solcher Pläne sind bereits mehrere wiederholt aufgestellt worden, ohne daß man sagen kann, daß sie aus der Luft gegriffen waren. Aber selbst wenn man den Standpunkt vertritt, daß hier nur der Wunsch der Vater des Gebräus gewesen ist, so ergibt sich doch aus den Richtlinien eine solche Fülle von „Ideen“, die sich mit den tatsächlichen von den Franzosen durchgeführten vertragswidrigen Maßnahmen auf dem rechten Rheinufer decken, daß man gut tut, ihnen ernste Beachtung zu schenken. Es ist wahr, daß Frankreich mit den Unabhängigen und Kommunisten kooperiert, sonst hätte es sich nicht gegen den Einmarsch Watters ins Ruhrgebiet gestellt. Wahr ist ferner, daß Frankreich vor der deutschen Verlegung Angst hat und zu seiner Rückwendung die strategische Rheinlinie in der Gewalt haben möchte und wahr ist endlich, daß ein Geheimvertrag Frankreichs mit Belgien besteht, wonach sich Belgien bereit erklärt, mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen, wenn es gilt, sich schneller als es durch die deutsche Hilfe beim Wiederaufbau möglich wäre, von den erlittenen Schäden im Ruhrrevier schadlos zu halten. Es ist auffällig, daß diese Tatsachen und Wahrheiten mit den Richtlinien der französischen Offizierskreise übereinstimmen. Denn hier heißt es, Frankreich müsse die mittlere kapitalistische Richtung und die U. S. V. für sich interessieren, es sei ferner nicht, sich die Rheinlinie zu sichern, um vor dem Ausbruch der deutschen Militärkräfte geschützt zu sein und endlich könne Frankreich im Bunde mit dem früher zerstückelten Belgien auf Grund verschiedener Paragraphen des Friedensvertrages (1) einrücken und sich festsetzen.

Wenn man den Sinn der Richtlinien mit der Gesetzesvorstellung der Franzosen, die erst jüngst wieder durch den Maaingee Rückzug ins hellste Licht gerückt wurde, vergleicht, ist es nicht schwer in durchaus objektiver Weise festzustellen, daß der französische Zerstückelungsplan ein Teil ihrer Politik ist, um sich den „Erbsend“ endgültig vom Hals zu schaffen. Daß Mitterland jetzt vor Englands Anwesen zu kriegen trachtet und jammern verachtet, beileibe seine Selbstniedrigkeitsgefühl bezeugt zu haben, nötigt bei allem Ernste der Lage zu einem Lächeln. Die Politik Clemenceaus war gewiß nicht fein, aber sie hatte immer noch eine gewisse Eleganz und vor allem Dingen war sie bei aller Eingeschlossenheit vorzüglich darauf bedacht, England nicht zu verletzen und das Gesicht zu wahren. Mitterland dagegen, der sich von 90 bis die Zügel aus der Hand reifen ließ, war es vorbehalten, Frankreich zu demastieren. Deutschland hat zwar nicht die Macht sich gegen diesen verurteilten gescheiterten Gedanken zu wehren, es sei denn, daß das deutsche Volk unüberwindliche passive Resistenz übt, aber die Abwertung Englands gegen französische Extratouren leistet uns wertvolle Hilfe, die hauptsächlich dazu führen wird, daß in dem Remo endgültig mit der französischen Gewaltpolitik gebrochen wird.

Auflösung des Braunkohlensyndikats.

Braunkohlensyndikat, 13. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die Bundesversammlung hat einstimmig eine Beschlusse angenommen, wonach der Syndikat mit dem 15. Mai aufgelöst und die Kohlen auf Courant, den 15. Mai, abgesetzt werden.

Mitteleuropäischer Krieg.

13. April. Telegramm meldet aus Paris, das deutsche Schicksal des Krieges...

13. April. Ministerpräsident Villersand wird, wie die Blätter melden, heute nachmittag in der Kammer eine Erklärung über die Ereignisse im Ruhrgebiet...

13. April. Der englische Botschafter überreichte Villersand die Antwort, worauf Villersand versichert, daß die Forderungen der deutschen Städte...

Keine belgischen Truppen nach Frankfurt.

13. April. Nach einer Privatunterredung des 'Welt-Berichters' aus Frankfurt ist die Absicht der belgischen Delegation nach Frankfurt am Main...

Die Tricolore über Darmstadt.

13. April. (Eigene Darmstadt.) In Darmstadt ist ein Zwischenfall mit der französischen Delegation...

Bonnar Law über die Truppen im Ruhrgebiet.

13. April. Einer neuer Meldung zufolge erklärte Bonnar Law im Unterhaus, die britische Regierung habe die Mitteilung erhalten, daß die deutschen Reichswehrtruppen...

Der bayr. Ministerpräsident für die Reichseinheit.

13. April. (Drahtnachricht.) Im Wahlscheinstand gab Ministerpräsident Dr. v. Kahr seine Erklärungen über seine Bepflichtung mit einer Abordnung der bayerischen Einheitswehr...

Die Wahrheit über das Friedmannsche Tuberkulosemittel.

Es wurden vor einiger Zeit bösartige Nachfragen über Friedmann und sein Tuberkulosemittel verbreitet. Treiben in wissenschaftlichen Kreisen die Aufklärungen beim ersten Blick als lächerlich erschienen, ist es nötig, die Öffentlichkeit über den wahren Sachverhalt aufzuklären.

Der Kapp-Putsch und der Aufruhr im Westen vor der Nationalversammlung.

Reichsanwalt Müller über die Ruhrfrage und den Kapp-Putsch. — Reichswehrminister Geiser über den Empfang der bayerischen Reichswehr. — Reichsjustizminister Bland gegen die Haltung der Deutschen Volkspartei in der Kappaffäre.

13. April. 160. Sitzung. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung am 1 Uhr 5 Minuten.

Auf Anfrage Dr. Baum (Dn) wegen Vorfällen in der Reichsjustizverwaltung...

Auf Anfrage Frau Zieg (D. Vst.) wegen unerwarteter Zustände im Schulwesen in Gotha...

Auf Anfrage Frau Zieg (D. Vst.) wegen Vorfällen im Schulwesen in Gotha...

Auf Anfrage Baerwald (D. Vst.) wegen Schrecken der Polen in Polen und Preußen...

Auf Anfrage Böbe (Soz.) wegen Auszahlung der Gehaltsaufseinerung...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

Auf Anfrage Frau Köhl (Soz.) wegen Verletzung des Kappgesetzes...

schärfste Disziplin herrscht, entlassen die Massen zuerst haben der Führer. Es war das Verhängnis der Unabhängigen...

Abg. Lehmann (Zr.): Der Geist der Versäufel Verträge hat durch unser Einmischen in das neutrale Gebiet nicht verdrängt...

Reichsanwalt Müller: Wir haben andauernd daran gearbeitet, das Programm das ich vor vierzehn Tagen ausführte...

Den Führern des Kappputsches ist es gelungen, was wir ein Hindernis geworden, mit ihm fertig zu werden. Die bürgerliche Bewegung verfolgt ich anmerken.

Die Regierung hat eingegriffen, sobald die fälschliche Regierung militärische Hilfe anforderte. (Wärm.)

Wärm. Die Regierung hat eingegriffen, sobald die fälschliche Regierung militärische Hilfe anforderte.

Wärm. Die Regierung hat eingegriffen, sobald die fälschliche Regierung militärische Hilfe anforderte.

Wärm. Die Regierung hat eingegriffen, sobald die fälschliche Regierung militärische Hilfe anforderte.

Wärm. Die Regierung hat eingegriffen, sobald die fälschliche Regierung militärische Hilfe anforderte.

